

<b>Protokoll:</b>	<b>Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	5
		<b>TOP:</b>	4
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	574/2021
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	24.01.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Dr. Sußmann		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Krasovskij / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>41. Bericht über Geflüchtete und Spätaussiedler in der Landeshauptstadt Stuttgart</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 22.11.2021, öffentlich, Nr. 157  
Ergebnis: Einbringung

Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 13.12.2021, öffentlich, Nr. 167  
Ergebnis: Vertagung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 10.11.2021, GR Drs 574/2021.

Auf Wunsch des Gremiums wird auf einen einführenden Verwaltungsvortrag verzichtet.

Im Verlauf der Aussprache würdigen die StRinnen Silverij (90/GRÜNE), Durst (CDU) und Meergans (SPD) den vorliegenden 41. Bericht über Geflüchtete und Spätaussiedler in der Landeshauptstadt Stuttgart und betonen übereinstimmend die Erfolge der geleisteten Integrationsarbeit. Die Stadträtinnen danken der Sozialverwaltung, den freien Trägern, den Ehrenamtlichen und allen anderen an der Flüchtlingsarbeit beteiligten. Diesem Dank schließt sich im weiteren Verlauf auch BMin Dr. Sußmann an. Die Bürgermeisterin hebt vor allem auch im Hinblick auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie die gute Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den freien Trägern hervor.

Durch StRin Silverij wird in ihrer Wortmeldung der geplante Paradigmenwechsel bei der Unterbringung von Geflüchteten, und insbesondere Familien mit Kindern in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften begrüßt. Im Folgenden unterstreicht auch StRin Meergans die Wichtigkeit dieses Vorhabens. Die Stadträtin macht allerdings deutlich, dass im Hinblick auf die Höhe der Nutzungsgebühren in den Gemeinschaftsunterkünften auch künftig mit Bedacht vorgegangen werden müsse. Die Erweiterung der Wohnfläche dürfe nach Ansicht ihrer Fraktion finanziell nicht zulasten der Geflüchteten gehen.

In diesem Zusammenhang äußert sich auch StRin Durst, die mit Bedauern ihre Ansicht mitteilt, dass der sogenannte "Stuttgarter Weg" bei der Unterbringung von Geflüchteten nicht mehr konsequent weiterverfolgt werde. Es sei bedenklich, dass es in der Stadt Stuttgart mittlerweile viele Großunterkünfte gebe (25 Stück), und allein 15 Gemeinschaftsunterkünfte sich im Stuttgarter Norden befinden würden. Besonders kritisch äußert sich die Stadträtin im Hinblick auf die Gemeinschaftsunterkunft in der Krailenshaldenstraße und bemängelt, dass sich in der Nähe der Unterkunft weder eine Einkaufsmöglichkeit, noch eine Kindertagesstätte befinde.

Die StRinnen Silverij und Meergans machen im weiteren Verlauf der Aussprache darauf aufmerksam, dass der Flüchtlingszustrom nach Deutschland, und in Folge auch nach Stuttgart, in Zukunft aufgrund der aktuellen zahlreichen Krisenherde in der Welt wieder deutlich zunehmen könnte. Die Verwaltung müsse sich auf derartige mögliche Entwicklungen räumlich und personell rechtzeitig vorbereiten. StRin Meergans plädiert hierbei, wie bereits zuvor StRin Durst, für wieder mehr kleinteiligere Lösungen bei der Unterbringung in Sinne des "Stuttgarter Weges".

Auf die Wortmeldungen der Ratsmitglieder eingehend, erklärt BMin Dr. Sußmann, dass die Stadt Stuttgart aufgrund wieder zunehmender Zuweisungen von Geflüchteten bereits im November vergangenen Jahres durch das Justizministerium des Landes aufgefordert worden sei, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Die Verwaltung bereite sich auf steigende Flüchtlingszahlen in den nächsten Monaten vor, und man werde den Gemeinderat über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Durch Frau Jongkind-Schweitzer (SozA) wird ergänzt, dass zurzeit vor allem afghanische Ortskräfte in Stuttgart aufgenommen würden. Für diese Woche werde die Zuweisung von rund 20 Personen erwartet. Es handle sich um Familien und Einzelpersonen.

Nach einer Nachfrage durch StRin Meergans erklärt die Verwaltungsmitarbeiterin, dass derzeit nur sehr wenige Menschen im Rahmen der Initiative "Sicherer Hafen" (Seebrücke/zivile Seenotrettung) nach Baden-Württemberg und nach Stuttgart kommen würden. Entsprechend einem Wunsch der Stadträtin werde die Verwaltung im nächsten Flüchtlingsbericht aber ausführlicher auf dieses Thema und die Aktivitäten der Stadt Stuttgart im Zusammenhang mit der Initiative "Sicherer Hafen" eingehen.

Ferner werde man in den nächsten Berichten versuchen, die Wegzüge aus den städtischen Gemeinschaftsunterkünften, sofern Infos vorliegen, stärker zu differenzieren (findet ein Auszug in privaten Wohnraum statt, eine Umverteilung in eine andere Unterkunft, eine Rückführung oder eine freiwillige Rückkehr in das Heimatland etc.).

BMin Dr. Sußmann berichtet anschließend weiter, dass der geplante Paradigmenwechsel bei Unterbringung der Geflüchteten in städtischen Gemeinschaftsunterkünften, aber auch die Tatsache, dass einige Unterkünfte in der Zukunft aus verschiedenen Gründen aufgegeben werden sollen, eine grundsätzliche Überarbeitung der Belegungskonzeption erfordere. Die Sozialverwaltung sei diesbezüglich bereits in Gesprächen mit den Referaten WFB und SWU, und man werde den Gemeinderat auch hier über die weiteren Schritte und Konzepte rechtzeitig in Kenntnis setzen.

Nachdem durch das Gremium die Wichtigkeit eines konsequenten und schnellen WLAN-Ausbaus in den Gemeinschaftsunterkünften betont worden ist, teilt die Vorsitzende mit, dass erfreulicherweise die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür mittlerweile geschaffen werden konnten. Die Verwaltung habe den Kooperationspartner Netze BW mit der Umsetzung der ersten Ausbaustufe beauftragt. Planmäßig solle diese erste Ausbaustufe in 41 städtischen Gemeinschaftsunterkünften noch im ersten Quartal dieses Jahres abgeschlossen werden, so BMin Dr. Sußmann.

Im Folgenden wird über das Thema Ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit diskutiert. Die Ratsmitglieder stellen mit Bedauern fest, dass die Zahl der ehrenamtlich Engagierten vor allem als Folge der Corona-Pandemie mittlerweile stark abgenommen habe. Gleichzeitig wird betont, wie wichtig das Ehrenamt für eine gelingende Integration der Geflüchteten sei, und dass der Einsatz der Engagierten durch die Stadt Stuttgart in Zukunft weiter unterstützt und gefördert werden müsse. Bei der (finanziellen) Förderung des Ehrenamts müsse man dazu bereit sein, nach der Pandemie auch neue Wege zu gehen.

Der Rückgang des ehrenamtlichen Engagements im Zuge der Corona-Pandemie wird auch durch Frau Brüning (SozA) bestätigt. Ein entscheidender Grund hierfür sei, dass viele langfristig Engagierte selbst zur vulnerablen Gruppe gehörten. Viele hätten sich deshalb bereits zu Beginn der Pandemie dazu entschlossen, ihr teilweise langfristiges Engagement aufzugeben.

Um eine Neuaufstellung des Bürgerschaftlichen Engagements nach der Corona-Pandemie zu realisieren, befinde sich das Sozialamt derzeit in intensiven Gesprächen mit dem städtischen Haupt- und Personalamt, der Bürgerstiftung und dem Freiwilligenzentrum Kaleidoskop des Caritasverbandes für Stuttgart e. V. Es gehe vor allem auch darum, künftig mehr Möglichkeiten zu schaffen, damit sich Menschen kurzfristig oder für eine begrenzte Zeit in eng abgegrenzten Aufgabenbereichen engagieren können. Auch sollen Initiativen und Vereine in Zukunft bei organisatorischen Aufgaben und Arbeiten noch stärker unterstützt werden. Da im Rahmen der vergangenen Haushaltsplanberatungen die Mittel des Sozialamtes zur Stärkung und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements erfreulicherweise aufgestockt wurden, sei auch eine Werbekampagne vorgesehen, um neue Ehrenamtliche und Interessierte anzusprechen.

Abschließend sagt Frau Vogel (SozA) nach einer Bitte durch StRin Silverij zu, den Ratsmitgliedern weiterführende Informationen über die Arbeit des Runden Tisches zur Vermeidung von Genitalverstümmelungen und Beschneidungen bei Frauen und Mädchen schriftlich nachzuliefern. Auf Wunsch könnten die Ratsmitglieder auch zu einer Teilnahme an einem Treffen des Runden Tisches eingeladen werden.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
*Sozialamt*  
SI-IP  
weg. JHA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. OB-KB
  4. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  5. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  6. Referat JB  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (2)
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*